

Die Triebkraft des Imperialismus.

Vor ein paar Wochen wurde die Aufmerksamkeit der Zeitungsleser auf eine Rede des deutschen Gesandten in Konstantinopel, Freiherrn v. Wangenheim, gelenkt, worin dieser erklärte: „Ebenjowenig heute, wie in der Zukunft wird jemand einen Finger an Anatolien legen können, wo wir Lebensinteressen haben.“ Inhaltlich ist diese Erklärung von der höchsten Bedeutung: Deutschland, so wird darin gesagt, duldet nicht, daß eine andre Großmacht an Kleinasien rührt; wenn dort keine türkische Regierung mehr sein soll, erheben wir selbst Anspruch darauf; Kleinasien gehört zu unserer Einflusssphäre! Mag es auf den ersten Blick sonderbar erscheinen, daß eine so bedeutame Erklärung so wenig Aufsehen erregte, so erklärt sich das einfach daraus, daß sie eigentlich überflüssig war, denn jedermann wußte schon längst, auch ohne ausdrückliche Erklärung, daß der deutsche Imperialismus Kleinasien als sein Gebiet betrachtet. Denn jedermann kennt den Grund, auf dem ein solcher politischer Anspruch immer beruht: Deutschland hat dort „Lebensinteressen“. Was sind aber diese Lebensinteressen? Kann vielleicht das deutsche Volk nicht glücklich, frei und wohlhabend sein, wenn eine andre Macht über Kleinasien gebietet? Davon ist keine Rede. Aber in Kleinasien liegen Eisenbahnen, Bewässerungsanlagen, Bergwerkskonzessionen, die dem deutschen Kapital gehören. Die Lebensinteressen sind Kapitalinteressen, die mit Volkswohl nichts zu tun haben. Die Interessen des in der Welt angelegten Kapitals bilden Triebkraft und Grundlage der modernen Weltpolitik, des Imperialismus.

Weltpolitik, politisches Eingreifen in die Geschide entfernter Weltteile, ist so alt wie der Kapitalismus selbst. Aber diese Weltpolitik hatte früher eine andre Grundlage als heute und mußte daher auch einen andern Charakter tragen. Zur Zeit der großen Entdeckungstreffen war Gold die treibende Kraft; durch die aus der mittelalterlichen Welt emporkommende Geldwirtschaft war Geld die große Macht der Welt geworden; nach Geldesitz jagte und strebte alles, und dieser Trieb war der Stachel zu alchimistischen Experimenten so gut wie zu kühnen Entdeckungsfahrten nach den Ländern, wo Gold und Silber zu finden waren oder Gewürze, die gegen Gold aufgewogen wurden. Raub und Plünderung war der Inhalt dieser Weltpolitik; was während langer Jahrhunderte an Schätzen angehäuft worden war, fiel den europäischen Eroberern in die Hände und spielte, nach manchem Besitzwechsel, die wichtigste Rolle in der ursprünglichen Akkumulation von Kapital, auf der die Anfänge der kapitalistischen Produktion beruhten. Das gilt für die spanischen Eroberungen in Amerika im 16. Jahrhundert ähnlich wie für die Eroberung Indiens durch Lord Clive im 18. Jahrhundert.

Mit der Entwicklung der kapitalistischen Großindustrie ändern sich die Beziehungen zwischen Europa und den andern Weltteilen. Diese dienen jetzt nicht mehr dazu, Schätze zu liefern zum Kapital — es ist da auch wenig mehr zu rauben — sondern um Waren zu kaufen. Das Kapital bildet sich jetzt aus dem Mehrwert, der aus den Arbeitern gepreßt wird. Was die Industrie vor allem braucht, sind Absatzmärkte. Emporwärtend in einer Welt der kleinstädtischen und bäuerlichen Produktion, die ihm Rohstoffe liefert, braucht der Kapitalismus ein ständig sich erweiterndes Absatzgebiet. Jetzt hat er nicht mehr nötig, Völker gewalttätig zu unterjochen; er kommt als friedlicher Händler. „Die wohlfeilsten Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt“, sagte das kommunistische Manifest von der industriellen Bourgeoisie; nur wo diese nicht ausreichte, trat die andre Artillerie bisweilen in Tätigkeit, die Barbaren zur Öffnung der Grenzen zu zwingen. Außerlich griff diese Weltpolitik nicht so tief ein, wie die vorhergehenden Eroberungen der ersten Zeit; der Warenabsatz erfordert keine politische Herrschaft über die Völker, mit denen man in Tauschverkehr tritt. Die englische Weltbeherrschung war nicht viel mehr als eine Weltpolitik, die sich in die inneren Angelegenheiten der primitiven Völker nicht oder nur vorübergehend einmischte. Innerlich fand allerdings ein wirtschaftlicher Zerlegungsvorgang statt, die allmähliche Umwandlung der Naturalwirtschaft in Warenproduktion, die viel soziales Elend schuf und damit den Boden für spätere Umwälzungen vorbereitete.

Ganz anders ist der Charakter der modernen Weltpolitik. Sie scheint durch ihre angreifende, gewalttätige und räuberische Eroberungslust zur ältesten Form zurückzukehren; aber in inneren Wesen ist sie ihr gerade entgegengekehrt. Denn Europa hat nicht, wie damals, zu wenig Kapital, das also aus fremden Weltteilen zusammengeräubt werden muß; es hat heute zu viel Kapital, das daher in fremden Weltteilen angelegt werden muß. Nicht Kapital verschaffen, wie in der ersten Periode, nicht Kapital durch Warenabnahme beschaffigen, wie in der zweiten, sondern Kapital aufnehmen ist jetzt die Aufgabe jener Länder. Der Mehrwert, den die vielen Millionen Proletarier in den kapitalistischen Ländern produzieren, wächst zu gewaltigen Kapitalmassen an. Wo dieses Kapital unterbringen, damit es einen guten Profit abwirft? Im eignen Lande ist die Industrie allerdings noch einiger Ausdehnung fähig, aber die Grenze zeigt sich doch schon in den kleineren Profiten. Und es handelt sich nicht einfach um Profit, sondern um möglichst hohen Profit. Daher wendet sich das Kapital primitiven Ländern zu, wo ihm hohe Profite winken. Da ist fruchtbarer Boden, der nichts kostet, und zur Kultur der Rohmaterialien geeignet ist, die die Industrie braucht. Da liegen Naturschätze, allerdings nicht mehr in primitiver Weise zu plündern,

aber durch Arbeit zu explozieren und dann Riesengewinne einbringend. Da wohnen arbeitskräftige, bedürfnislose Eingeborene — soll das Kapital, das die Menschenkraft als Goldquelle entdeckt hat, die Mehrheit des Menschentums unangebeutet lassen? Da gibt es ehrgeizige oder dumme Fürsten, leicht zu beschwindeln, die für Kanonen oder Privatluxus Anleihen gegen Wucherzinsen aufnehmen und dafür den Gläubigern nach und nach die Verfügung über die Steuereinnahmen ihres Landes geben müssen. Da sind überall Eisenbahnen zu bauen, die jene Länder dem Weltmarkt eröffnen, und denen, wenn sie sonst nicht sofort genug einbringen, durch staatliche Zinsgarantie auf die Beine geholfen wird. Das Kapital wird in Warenform in die fremden Länder exportiert, und dafür fließt als Profit ein stetiger Produktstrom zurück, der die Kapitalisten bereichert.

Dieser Kapitalexport bringt eine ganz neue Politik der europäischen Staaten mit sich, die Weltpolitik des modernen Imperialismus. Denn jetzt bleibt es nicht bei einer äußeren Verührung der fremden Völker und der Europäer; das Kapital bringt in die Länder ein, gründet Unternehmungen, schafft eine neue Produktionsweise. Dazu braucht es moderne, europäische Rechtsverhältnisse; es kann sich nicht durch die Launen ungestillter Despoten, die das göttliche Ausbeutungsrecht des Kapitals nicht genügend verstehen, in seinem Profittrieb behindern lassen. Das Kapital braucht die politische Herrschaft in dem Lande, wo es schaltet. Es braucht Proletariat zum Ausbeuten; wo also die Eingeborenen noch ihren eignen Boden oder ihr Vieh besitzen, muß die Staatsgewalt zu Hilfe kommen, um sie entweder direkt durch Krieg oder Beraubung oder indirekt, durch Schutz der sie beraubenden Europäer, heftlos zu machen. Durch die kapitalistische Produktion entstehen für das Kapital scharfe Interessengegensätze zwischen sich und den Volksmassen. Es verelendet und unterdrückt sie; daher braucht es eine starke Staatsgewalt, um sie niederzuhalten. Es braucht aber auch eine ihm günstig gestimmte und ergebene Staatsgewalt, um ihm besondere Vorteile, Konzessionen, Zinsgarantien zu gewähren, unter Ausschluß der Konkurrenten. Wo kein großer staatlicher Verband besteht, wie bei den Regern in Afrika, wird das Land zur Kolonie gemacht und dorthin die eigne Staatsgewalt verpflanzt; wo schon eine starke Regierung vorhanden war, wie in der Türkei, biederete das Kapital sich bei ihr an und brachte sie unter seinen Einfluß.

So zeigt der hochentwickelte Kapitalismus eine Rückkehr zu der gewalttätigen Eroberungspolitik alter Zeiten in potenziertem Maße. Um die Kapitalinteressen wahrzunehmen, muß ein Land, das Kapital exportiert, möglichst große Gebiete der Welt erobern oder unter seinen Einfluß bringen. Dazu ist Macht nötig, militärische Macht, um seinen Ansprüchen Kraft zu verleihen und die Konkurrenten, die andern Mächte, zu zwingen, ihnen Rechnung zu tragen. Weltmachstellung durch immer stärkere Rüstungen ist daher das Lösungswort der Bourgeoisie auf dieser Stufe der Entwicklung.

Wenn die Regierung jetzt den Volksmassen wieder neue Militärlasten auferlegen will, oder vielleicht gar das Volk zum Kriege aufruft, um die „Lebensinteressen“ Deutschlands zu verteidigen, so wissen die Arbeiter jetzt, wofür sie leiden und bluten sollen. Der deutsche Gesandte hat uns gezeigt, was für Lebensinteressen das sind: Sie liegen in Kleinasien — es sind lediglich Profitinteressen des Kapitals. Und daher wird das Proletariat mit aller Energie dagegen ankämpfen, daß diesen „Lebensinteressen“ die höchsten Lebensinteressen der arbeitenden Massen zum Opfer gebracht werden. —

Reichstag.

108. Sitzung. Freitag, 7. Februar, nachm. 1 Uhr. Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsausschusses des Innern.

Dritter Tag.

Die Beratung wird beim außerordentlichen Etat „Förderung der Verteilung von Kleinwohnungen 4 Millionen Mark“ fortgesetzt. Abg. Jäger (Zentr.) bleibt auf der Tribüne unverändert. Abg. Götting (Zentr.): Wir hoffen, daß ein Reichsrahmengesetz die in den einzelnen Bundesstaaten geschaffenen oder zu schaffenden Wohnungsgesetze zusammenfaßt und daß dabei die vom Reichstag mehrfach geäußerten Wünsche zur Geltung kommen. Mir sehr notwendig halten wir ferner Maßnahmen zur Hebung des Kredits, z. B. ein Reichsfinanzgesetz.

Abg. Graf Westarp (kons.): Die Wohnungsgesetzgebung, soweit sie sich auf die Wohnungsaufsicht bezieht, ist Sache der Einzelstaaten. Auch der Staatssekretär steht nach seinen Erklärungen in der Budgetkommission auf demselben Standpunkt und meinte, für das Reich komme nur ein inhaltlich wenig bedeutungsvolles Rahmengesetz in Frage. Er teilte mit, daß in Preußen Verhandlungen über ein Wohnungsgesetz schwanden, und fügte hinzu, falls Preußen in diesem Jahre nicht eine Vorlage einbringe, werde die Reichsgesetzgebung eingreifen. Mit dieser Erklärung können meine politischen Freunde sich nicht einverstanden erklären. Formell hat das Reich die Befugnis zur Erweiterung seiner Zuständigkeit. Die Zuständigkeit darf aber keineswegs mit der Begründung erweitert werden, daß der Inhalt der Landesgesetzgebung auf einem ihr vorbehaltenen Gebiet den Reichsorganen nicht genügend erscheint. Deshalb müssen wir uns auch gegen die getricke Verheerung des Grafen Vosadowsky wenden, wenn das preussische Gesetz den Bedürfnissen des Volkes nicht genüge, müsse das Reich eingreifen. Das Reich hat keine Kontrolle über den Inhalt der Gesetze der Einzelstaaten. (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch und Brül, hört! links.) Wenn es Bismarck gelungen ist, die zentrifugalen Kräfte im Reich zurückzuhalten, so deshalb, weil er immer darauf gehalten hat, die den Einzelstaaten vorbehaltenen Befugnisse zu achten. Die Erklärung des Staatssekretärs gewinnt noch erhöhte Bedeutung durch den Zeitpunkt, in dem sie abgegeben wurde. In Preußen waren die Verhandlungen fast bis zum Abschluß gelaufen, und Preußen hatte

keine Genehmigung zur Einbringung eines Gesetzes zu erkennen gegeben. Trotzdem kündigte der Staatssekretär das eventuelle Eingreifen der Reichsregierung an. Es vergeht kaum eine Woche, ohne daß meine Freunde hier dagegen protestieren müssen, daß der Reichstag in einzelstaatliche Angelegenheiten einzugreifen sucht. Mit dem Reichsrahmengesetz, mit dem Mißtrauensvotum in die Entleihungspolitik, mit dem sozialdemokratischen Antrag auf Änderung des Wahlrechts in den Einzelstaaten, suchen die Sozialdemokraten an der Verfassung der Einzelstaaten zu rütteln. Sie haben ja auch ganz offen den Zweck, die Bundesstaaten abzuschaffen, und ein einheitliches Reich mit parlamentarischer Regierung zu bilden. Das kann ihnen nicht auf einmal gelingen, und deshalb versuchen sie andauernd an den Grundlagen der Verfassung zu rütteln. (Brül: Du, hu!) Um so bedauerlicher ist es, daß der Staatssekretär durch seine Erklärung diesen Bestrebungen Vorschub leistet.

Der Redner spricht sich dann für eine Erweiterung des Erdbaurechts aus; der Vorschlag, das Reich solle Bürgerschaft für zweite Hypotheken übernehmen, erscheint ihm dagegen bedenklich.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die von mir in der Kommission abgegebenen Erklärungen haben zu Mißverständnissen und Mißdeutungen Anlaß gegeben, und außerhalb dieses Hauses sind Angriffe von solcher Schwere gegen mich gerichtet worden, wie ich sie nicht für möglich gehalten hätte, Angriffe, die die Grenzen einer sachlichen Kritik weit überschritten haben. Ich muß deshalb etwas eingehender darauf zurückkommen. Bereits im vorigen Jahre habe ich bei der Beratung dieses Titels erklärt, die verlangte reichsgesetzliche Regelung des Wohnungswesens würde in Materien eingreifen, die den Bundesstaaten überlassen sind und ihnen verhältnismäßig überlassen bleiben müssen. Ich fügte hinzu, die Lösung dieser Frage herangehen müssen. (Hört, hört! links.) Ich habe also damals meinen Standpunkt mit etwas andern Worten genau so präzisiert, wie in diesem Jahre in der Budgetkommission. Mein Reich innerlich und außerhalb dieses Hauses hat an dieser Erklärung Anstoß genommen. Sie ist hingenommen worden als das Anerkenntnis für ein dringendes Bedürfnis auf dem Gebiete des Wohnungswesens, und dafür, daß, was an mir liegt, geschehen soll, um diesem Bedürfnis abzuhelfen. Der Reichskanzler hat eine Kommission von 21 Mitgliedern eingesetzt, und diese hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der eine reichsgesetzliche Regelung aller der Fragen verlangt wird, die nach der Erklärung des Grafen Westarp nicht in ein Reichsgesetz gehören, und die Resolution verlangt ferner, die Reichsleitung solle ihren Einfluß geltend machen, damit die Bundesstaaten eine Reihe von Fragen fördern, die ganz und gar nicht zur Kompetenz des Reiches gehören. Die Kommission, in der Mitglieder der Rechten fleißig mitgearbeitet haben, wollte also über den Staatssekretär des Innern hinweg ein Reichsgesetz, ohne das Resultat der Verhandlungen abzuwarten, die ich in Aussicht gestellt habe; und diese Resolution ist dann hier im Reichstage einstimmig angenommen worden. (Lebhaftes Brül, hört! links.) Der Bundesrat, der feinerlei Stellung für oder wider die Sache genommen hat, hat sie dem Reichskanzler überwiesen. Ich habe, den mir vom Bundesrat gegebenen Weisungen entsprechend, bei den wichtigsten Bundesstaaten angefragt, und die Antwort bekommen, daß die Angelegenheit bereits zweckentsprechend geregelt sei. Inzwischen hatte Preußen bereits die Initiative ergriffen und die Verhandlungen aufgenommen. Preußen erklärte, es halte aus diesem Grunde ein Einschreiten des Reiches nicht für notwendig. Die Absicht, den Gesetzentwurf noch vor Pfingsten zu veröffentlichen, konnte nicht ausgeführt werden. Der Gesetzentwurf, das kann ich versprechen, wird aber im Herbst vorgelegt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Sache jetzt nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden kann. In der Budgetkommission habe ich das auch erklärt, und meinen Standpunkt nochmals präzisiert. Dort wurde mir vorgeworfen, ich hätte die Sache auf Preußen abgeworfen. Das ist jedoch nicht der Fall. Weiter würde mein guter Wille zur Förderung der Angelegenheit bezweifelt. Darauf habe ich geantwortet, daß eine reichsgesetzliche Regelung in Angriff genommen würde, wenn Preußen nicht vorgehen sollte. In der Kommission wurde immer wieder die Frage angeschnitten, was geschehen würde, wenn ich mein Versprechen nicht erfüllen könnte. Darauf habe ich erklärt, die Sache ist sehr einfach; kann ich mein Versprechen nicht erfüllen, dann wird es eben ein anderer Staatssekretär einzulösen suchen. Das ist der einzige Weg, den ein Staatssekretär in einem konstitutionellen Staate gehen kann. Man hat in dieser Frage auf einen Konflikt zwischen dem Minister v. Dallwitz und mir geschlossen. Der preussische Minister ist in dieser Frage allein überhaupt nicht zuständig, und eine derartige Ansicht ist vollkommen verfehlt. An andrer Stelle hat man mir vorgeworfen, ich hätte durch mein Verhalten in der Budgetkommission eine Verbeugung vor der Sozialdemokratie gemacht. (Zuruf: Schrecklich!) Auch das ist irrig. Wenn ich eine Verbeugung gemacht habe, so ist es gegen den Reichstag gewesen, nicht aber gegen eine einzelne Partei. Man hat diese Sache in Widerspruch zu den tatsächlichen Verhältnissen gestellt. Herr Dietel hat mir aus meinem Verhalten den Vorwurf der mangelnden Entschlossenheit, der mangelnden Offenheit, beinahe der Feigheit gemacht. Der Staatssekretär urteilt doch nach seiner eignen Überzeugung, und nach dieser eignen Überzeugung werde ich nach wie vor die Geschäfte führen, so lange ich an dieser Stelle stehe, auch auf die Gefahr hin, daß man mir aus den Kreisen derer, denen ich politisch nahe gestanden habe, den schwersten Vorwurf macht: Mangel an Mut. Die Sozialpolitik ist eine Frage, die die Sozialdemokraten nicht erfunden haben, und die die Sozialdemokraten nicht lösen können; das Problem ist hervorgegangen aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Gestaltung der Verhältnisse unseres deutschen Vaterlandes. (Sehr richtig!) Die Lösung dieses Problems gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Zeit; sie ist eine stilles Pflicht des Reiches und des Staates. (Bravo!) Die Lösung muß erfolgen ohne Rücksicht darauf, wie die Sozialdemokratie dazu steht. Wir können die Schäden in unserer wirtschaftlichen Entwicklung nur aus der Welt schaffen, indem wir ihnen ins Gesicht sehen und sie beseitigen, und nur damit entziehen wir der Sozialdemokratie den Boden. (Schül! Ap.: Abwarten!) Herr Abgeordneter Schulz, wenn die bürgerlichen Parteien ihre Pflicht getan hätten, würden die 110 Sozialdemokraten nicht hier sein. Im übrigen kann ich nur sagen: die Regelung des Wohnungswesens ist im Reich, verschiedene Bundesstaaten haben die Frage bereits geregelt. Ich werde die Pause des Sommers dazu benutzen, um eine Reihe von Kommissionen zusammenzuberufen, in denen die Fragen besprochen werden. Die Lösung dieser Frage darf aber nicht dadurch geschehen, daß sich das Reich mit finanziellen Verpflichtungen überlastet.

MAGGI'S WÜRZE hilft sparen! Jede schwache Bouillon oder Suppe, ebenso Saucen, Gemüses und Salate erhalten augenblicklich kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen MAGGI'S Würze. — Probefläschchen 10 Pfg. — „MAGGI'S gute, sparsame Küche.“